

BEBAUUNGSPLAN NR. 124 a

"ÖSTLICH DER ALBERT-SCHWEITZER-STRASSE" DER STADT GEORGSMARIENHÜTTE

ÄNDERUNG

Landkreis Osnabrück

Gemeindebezirk Stadt Georgsmarienhütte

Gemarkung Holzhausen

Flur 5 u. 6

Maßstab 1:1000

Dem Planunsbüro Bennemann zur Vervielfältigung unter den am 25.10.1973 anerkannten Bedingungen freigegeben durch das Katasteramt Osnabrück. Zu diesem Plan gehört als Bestandteil ein Grundstücksverzeichnis vom Gesch. B.V/Nr. 731/73

Ausgefertigt Osnabrück, den 25.10. 1973

Katasteramt
Im Auftrage:

Klein

TEXTLICHE FESTSETZUNGEN

Aufgrund der §§ 6 und 10 der Niedersächsischen Gemeindeordnung (NGO) in der zur Zeit gültigen Fassung in Verbindung mit den §§ 2, 9 und 10 des Bundesbaugesetzes (BBauG), der Baunutzungsverordnung (BaunVO) in der Fassung vom 26.11.1968, der Planzeichenverordnung sowie der Verordnung über Gestaltungsvorschriften und Kennzeichnung von Denkmalen in Bebauungsplänen vom 14.6.1974 hat der Rat der Stadt Georgsmarienhütte am 24.09.76 die aus nebenstehenden zeichnerischen und folgenden textlichen Festsetzungen bestehende Satzung beschlossen:

§ 1 Art und Maß der baulichen Nutzung wird im nebenstehenden Plan festgesetzt

§ 2 Gemäß § 31 (1) BBauG in Verbindung mit § 17 (5) Baunutzungsverordnung ist eine Ausnahme von der Zahl der Vollgeschosse um + 1 Vollgeschosß zulässig, wenn es sich hierbei um ein Dachgeschosß handelt, das im Sinne von § 18 Baunutzungsverordnung in Verbindung mit § 2 (6) BBauG als Vollgeschosß gilt. Befreiungen regeln sich nach § 31 (2) BBauG.

Hinweis:
§ 3 Sollten bei den geplanten Bau- und Erdarbeiten ur- oder frühgeschichtliche Bodenfunde gemacht werden, wird darauf hingewiesen, daß diese Funde meldepflichtig sind (Ausgrabungsgesetz vom 26.3.1915 §§ 5 - 6, für die Regierungsbezirke Aurich und Osnabrück; Oldenb. Denkmalsch. Ges. v. 18.3.1911 §§ 21 bis 22 für den Verw. Bez. Oldenburg).

§ 4 Kennzeichnung und nachrichtliche Übernahmen
Gemäß § 9 (6) BBauG wird nachrichtlich darauf hingewiesen, daß Maßnahmen zur Verwirklichung des Planes einschließlich der Kosten der Durchführung in der Begründung vom 29.7.1975 dargelegt sind.

§ 5 Für den Fall der Nichtbefolgung dieser Satzung wird gem. § 6 (2) NGO in Verbindung mit den §§ 35 - 37 des Niedersächsischen Gesetzes über die öffentliche Sicherheit und Ordnung ein Zwangsgeld bis zu DM 500,- bzw. die Ersatzvornahme angedroht. Eine Verfolgung von Ordnungswidrigkeiten nach § 156 BBauG bleibt hiervon unberührt.

§ 6 Diese Satzung tritt mit der Bekanntmachung in Kraft.

FESTSETZUNGEN NACH BBauG § 9

Allgemeines Wohngebiet	WA	Stellung der baulichen Anlagen (längere Mittellachse des Hauptgebüdes gleich Firstrichtung)
Zahl der Vollgeschosse, eingeschossig	1	Grünfläche
Grundflächenzahl	GRZ	Bolzplatz
Geschoßflächenzahl	GFZ	Spielplatz
Für Einzel- und Doppelhäuser zulässig	△	Fläche für das Anpflanzen von Bäumen und Sträuchern nach § 9 Abs. 1 Nr. 15 BBauG (öffentl.)
Baugrenze	—	Abgrenzung für Stellung der baulichen Anlagen
Straßenverkehrsfläche	—	Grenze des räumlichen Geltungsbereichs
Verkehrsfläche f. Fußgänger	FUSSWEG	Hinweis: Sichtdreieck (von Bewuchs über 80 cm freizuhalten)
Öffentliche Parkfläche	P	

Für die Bearbeitung des Planentwurfs
Büro für Architektur + Stadtplanung
Dipl.-Ing. Johannes Bennemann,
Georgsmarienhütte, Am Holzhauser
Berg 60
Georgsmarienhütte, den 24.11. 1976

Bennemann

Der Entwurf dieses Bebauungsplanes mit Begründung hat auf die Dauer eines Monats vom 24.05. bis 25.06.1976 einschließlich öffentlich ausgelegen
Ort und Zeit der öffentlichen Auslegung sind am 15.05.1976 ortsüblich bekannt gemacht worden.
Georgsmarienhütte, den 24.11. 1976

Der Stadtdirektor

Dieser Bebauungsplan ist nach § 11 BBauG mit Verfügung vom 24.11.1976 genehmigt worden.
Osnabrück, den 24.11.1976
Der Regierungspräsident
Regierungspräsident
Im Auftrage

Regierungspräsident

Die Stadt hat am 30.09.1976 die Aufstellung des Bebauungsplanes beschlossen.

Georgsmarienhütte, den 24.11. 1976
Bürgermeister Stadtdirektor

Klein

Die Stadt hat nach § 10 BBauG in der Sitzung am 27.09.1976 diesen Bebauungsplan als Satzung beschlossen

Georgsmarienhütte, den 24.11.1976
Bürgermeister Stadtdirektor

Klein

Die mit vorstehender Verfügung des Herrn Regierungspräsidenten ausgesprochene Genehmigung ist gemäß BBauG § 12 im Amtsblatt für den Landkreis Osnabrück öffentlich bekannt gemacht worden am 31.10.1977

Georgsmarienhütte, den 24.11.1977
Der Stadtdirektor

Klein

Die Planunterlage entspricht dem Inhalt des Liegenschaftskatasters und stellt die städtebaulich bedeutsamen baulichen Anlagen sowie Straßen, Wege und Plätze vollständig nach (Stand vom 25.10.1973). Sie ist hinsichtlich der Darstellung der Grenzen und der baulichen Anlagen geometrisch einwandfrei.

Die Übertragbarkeit der neu zu bildenden Grundstücksgrenzen in die Orthotik ist einwandfrei möglich.

Osnabrück, den 1. Dezember 1976

KATASTERAMT
Im Auftrage:

Klein



BEBAUUNGSPLAN NR. 124a "ÖSTLICH DER ALBERT-SCHWEITZER-STRASSE" DER STADT GEORGSMARIENHÜTTE, LANDKREIS OSNABRÜCK, ÄNDERUNG

TEXTLICHE FESTSETZUNGEN

Aufgrund der §§ 6 und 40 der Niedersächsischen Gemeindeordnung (NGO) in der zur Zeit gültigen Fassung in Verbindung mit den §§ 2, 9 und 10 des Bundesbaugesetzes (BBauG), der Baunutzungsverordnung (BauNVO) in der Fassung vom 26.11.1968, der Planzeichenverordnung sowie der Verordnung über Gestaltungsvorschriften und Kennzeichnung von Denkmalen in Bebauungsplänen vom 14.6.1974 hat der Rat der Stadt Georgsmarienhütte am 27.09.76 die aus nebenstehenden zeichnerischen und folgenden textlichen Festsetzungen bestehende Satzung beschlossen:

§ 1 Art und Maß der baulichen Nutzung wird im nebenstehenden Plan festgesetzt.

§ 2 Gemäß § 31 (1) BBauG in Verbindung mit § 17 (5) Baunutzungsverordnung ist eine Ausnahme von der Zahl der Vollgeschosse um + 1 Vollgeschoß zulässig, wenn es sich hierbei um ein Dachgeschoß handelt, das im Sinne von § 18 Baunutzungsverordnung in Verbindung mit § 2 (6) NBauO als Vollgeschoß gilt. Befreiungen regeln sich nach § 31 (2) BBauG.

Hinweis:

§ 3 Sollten bei den geplanten Bau- und Erdarbeiten ur- oder frühgeschichtliche Bodenfunde gemacht werden, wird darauf hingewiesen, daß diese Funde meldepflichtig sind (Ausgrabungsgesetz vom 26.3.1915 §§ 5 - 6, für die Regierungsbezirke Aurich und Osnabrück; Oldenb. Denkmalsch. Ges. v. 18.3.1911 §§ 21 bis 22 für den Verw. Bez. Oldenburg) .

§ 4 Kennzeichnung und nachrichtliche Übernahmen

Gemäß § 9 (6) BBauG wird nachrichtlich darauf hingewiesen, daß Maßnahmen zur Verwirklichung des Planes einschließlich der Kosten der Durchführung in der Begründung vom ~~23.7.1975~~ 26.2.1976 dargelegt sind.

§ 5 Für den Fall der Nichtbefolgung dieser Satzung wird gem. § 6 (2) NGO in Verbindung mit den §§ 35 - 37 des Niedersächsischen Gesetzes über die öffentliche Sicherheit und Ordnung ein Zwangsgeld bis zu DM 500, -- bzw. die Ersatzvornahme angedroht. Eine Verfolgung von Ordnungswidrigkeiten nach § 156 BBauG bleibt hiervon unberührt.

§ 6 Diese Satzung tritt mit der Bekanntmachung in Kraft.